

8. Juli 2024



Steuern + recht newsflash

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

BMF veröffentlicht finalen Anwendungserlass zum Steueroasen-Abwehrgesetz

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hatte am 30.11.2023 einen Entwurf für einen Anwendungserlass zum Steueroasen-Abwehrgesetz (AESTAbwG) an die Verbände zur Stellungnahme gesendet. Am 14.6.2024 hat das BMF den finalen AESTAbwG veröffentlicht, der einige ausgewählte Punkte aus den Verbandseingaben aufgreift und nun auch Erläuterungen nebst Beispielen zur Anwendung des StAbwG auf Personengesellschaften enthält. Nachstehend sollen die für die Praxis wesentlichen Aussagen des Schreibens dargestellt werden.

Geschäftsvorgänge i.S.d. § 7 StAbwG

Vorliegen eines Geschäftsvorgangs

Die in den §§ 8 bis 11 StAbwG geregelten Abwehrmaßnahmen sowie die gesteigerten Mitwirkungspflichten gem. § 12 StAbwG knüpfen an Geschäftsbeziehungen oder Beteiligungsverhältnisse in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet (Geschäftsvorgänge) i.S.d. § 7 StAbwG an. Nach Auffassung des BMF ist das Vorliegen eines solchen Geschäftsvorgangs unter der Berücksichtigung der Voraussetzungen der §§ 8-12 StAbwG zu bestimmen. Maßgebliches Kriterium hierfür ist das Vorliegen eines Berührungspunkts zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet.

Eine Geschäftsbeziehung in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet wird insbesondere dann unterhalten, wenn einer der an der Geschäftsbeziehung Beteiligten in diesem Steuerhoheitsgebiet ansässig ist. Abzustellen ist z.B. auf die Ansässigkeit der Vertragsparteien.

Die Verwaltung äußert sich anhand von verschiedenen Beispielen umfassend dazu, wann rechtsfähige Personengesellschaften Geschäftsvorgänge in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet unterhalten. In diesem Zusammenhang stellt die Verwaltung u.a. klar, dass allein die Ansässigkeit der Gesellschafter einer rechtsfähigen Personenvereinigung nach § 14a Abs. 2 AO oder eines strukturell vergleichbaren Rechtsträgers nach ausländischem Recht in einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet nicht dazu führt, dass ein Geschäftsvorgang in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet i.S.d. § 7 StAbwG vorliegt.

Öffentlich-rechtliche Leistungspflichten sowie damit in engem sachlichen Zusammenhang stehende Dienstleistungen

Öffentlich-rechtliche Leistungspflichten sowie mit diesen in einem engen sachlichen Zusammenhang stehende, obligatorische und nicht abdingbare Nutzungs- und Dienstleistungsbeziehungen begründen nach Auffassung des BMF keine Geschäftsbeziehungen i.S.d. § 7 StAbwG. Als Beispiel hierzu führt das BMF – wohl mit dem Gedanken insbesondere an Panama – aus, dass die Gebühr für die Ausstellung einer Durchfahrtsgenehmigung oder ein Nutzungsentgelt für die Durchfahrt eines Schifffahrtskanals keine Geschäftsbeziehung i.S.d. § 7 StAbwG darstellen soll.

Auch mittelbare Beteiligungen erfasst

Wie schon in der Entwurfsfassung äußert sich das BMF dahingehend, dass Beteiligungsverhältnisse in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet auch dann gegeben sind, wenn dieses Beteiligungsverhältnis über einen vermittelnden in- oder ausländischen Rechtsträger besteht.

Abzugsverbot für Betriebs-/Werbungskosten nach § 8 StAbwG

Umfang des Betriebs- bzw. Werbungskostenabzugsverbots

Das Abzugsverbot umfasst Aufwendungen aus Geschäftsvorgängen i.S.d. § 7 StAbwG. Auf einen mittelbaren oder unmittelbaren wirtschaftlichen Zusammenhang mit Erträgen aus Geschäftsvorgängen i.S.d. § 7 StAbwG soll es daher nicht ankommen.

Unter das Abzugsverbot sollen sämtliche Aufwendungen i.S.v. §§ 4 Abs. 4 und § 9 Abs. 1 EStG fallen und damit auch AfA, Teilwertabschreibungen sowie Buchwertabgänge von Wirtschaftsgütern des Anlage- und Umlaufvermögens. Soweit Teilwertabschreibungen dem Abzugsverbot des § 8 StAbwG unterlegen haben, wird es nach dem Erlass bei späteren Teilwertzuschreibungen nicht beanstandet, wenn diese außerbilanziell korrigiert werden.

Bei der Abzugsfähigkeit von Aufwendungen, die sich aus der Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern ergeben (insbesondere AfA), ist lt. Auffassung des BMF darauf abzustellen, ob das betreffende Steuerhoheitsgebiet im Zeitpunkt der Anschaffung oder der Herstellung des Wirtschaftsguts in der Verordnung zur Durchführung des § 3 StAbwG (StAbwV) gelistet war. War dies nicht der Fall, greift das Abzugsverbot nach § 8 StAbwG auch für solche Aufwendungen nicht ein, die in Zeiträumen nach der Aufnahme des Steuerhoheitsgebiets in die StAbwV anfallen.

Aufwendungen aus (Dauer-)Schuldverhältnissen

Anders soll es sich dagegen bei Schuldverhältnissen verhalten, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und während deren Laufzeit fortwährend Leistungspflichten bestehen oder entstehen (insb. Dauerschuldverhältnisse). Bei hieraus entstehenden Aufwendungen soll es nach Auffassung des BMF nicht auf den Zeitpunkt der Begründung des Schuldverhältnisses ankommen. Maßgeblich sei der Zeitpunkt der steuerlichen Berücksichtigung der Aufwendungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten.

Arbeitslohn im Zusammenhang mit ausländischen Betriebsstätten

Für Arbeitslohn von Beschäftigten, die in einer Betriebsstätte in einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet eingesetzt werden, soll § 8 StAbwG nach dem Erlass nicht zur Anwendung kommen, soweit der Arbeitslohn gemäß Auslandstätigkeitserlass (BMF-Schreiben vom 10.6.2022, BStBl. I, S. 997) von der Besteuerung ausgenommen ist. Die diesen Aufwendungen entsprechenden Erträge sind grundsätzlich steuerpflichtige Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Bei diesen wird lediglich nach einer auf Grundlage des § 34c Abs. 5 EStG ergangenen Verwaltungsanweisung von der Besteuerung abgesehen.

Verhältnis zu anderen Betriebsausgaben- oder Werbungskostenabzugsverboten

Der AESTabwG führt aus, dass die Regelung des § 8 StAbwG grundsätzlich neben anderen Betriebsausgaben- oder Werbungskostenabzugsverboten (z.B. § 4k EStG) anzuwenden ist. Im Verhältnis zu dem temporären Abzugsverbot der Zinsschranke nach § 4h EStG soll § 8 StAbwG Vorrang haben.

Verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung nach § 9 StAbwG

Während in der Entwurfsfassung noch detaillierte Aussagen zu § 9 StAbwG enthalten waren, wird in der finalen Fassung nur auf das Anwendungsschreiben zum AStG vom 22.12.2023 (siehe [PwC-Newsflash vom 27.12.2023](#)) und die darin enthaltenen Aussagen zur verschärften Hinzurechnungsbesteuerung verwiesen.

Quellensteuermaßnahmen nach § 10 StAbwG

Nichtbeanstandungsregelung bei Aktualisierung der EU-Blacklist

Bereits in der Entwurfsfassung hatte die Verwaltung ausgeführt, dass Vergütungsschuldner und/oder Vergütungsgläubiger beim BZSt die Änderung der Steueranmeldung (§ 168 AO) nach § 164 Abs. 2 Satz 2 AO beantragen können, sofern ein Steuerhoheitsgebiet im Laufe eines Jahres rückwirkend zum 1. Januar als kooperativ angesehen wird. In der finalen Fassung des AESTabwG geht die Verwaltung noch einen Schritt weiter. Nunmehr wird es nicht beanstandet, wenn bereits vor der regelmäßig zu dem Ende eines Kalenderjahres erfolgenden Aktualisierung der StAbwV keine Quellensteuern nach § 10 StAbwG bei Geschäftsvorgängen in oder mit Bezug zu einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet einbehalten und abgeführt werden, das nicht mehr in der Anlage I der Schlussfolgerungen des Rates zur überarbeiteten EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuierzwecke genannt ist.

Finanzierungsbeziehungen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StAbwG)

Unter den Begriff der Finanzierungsbeziehungen sollen insbesondere Darlehensverhältnisse und das Finanzierungsleasing fallen. Bei Letzterem sollen die auf eine etwaige Nutzungsüberlassung entfallenden Vergütungen nicht der beschränkten Steuerpflicht nach § 10 StAbwG unterliegen. In Fällen des Übergangs des wirtschaftlichen Eigentums an dem Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer unterliegen der beschränkten Steuerpflicht des § 10 StAbwG hingegen diejenigen Vergütungsbestandteile, die auf Zinsen und Entgelte für Serviceleistungen oder Versicherungsprämien entfallen.

Versicherungs- und Rückversicherungsprämien (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StAbwG)

Der Begriff der durch § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StAbwG einer beschränkten Steuerpflicht unterworfenen Versicherungs- und Rückversicherungsprämien soll in qualitativer Hinsicht zu beurteilen sein. Unter die Vorschrift fallen insbesondere sämtliche Gegenleistungen eines (Rück-)Versicherungsnehmers für den in einem (Rück-) Versicherungsvertrag vom (Rück-)Versicherer gewährten (Rück-) Versicherungsschutz. Erfasst sind neben den eigentlichen Prämien auch die üblichen mit dem Versicherungsverhältnis zusammenhängenden und vom Versicherten zu tragenden Nebenleistungen. Dagegen unterliegen Zahlungen für den Eintritt des Versicherungsfalls (Versicherungsleistungen) nicht der Norm. Gleiches gilt für die Rückzahlung einer Versicherungsprämie, Rückversicherungsprovisionen sowie alle sonstigen vom Rückversicherer im Rahmen der Rückversicherungsabrechnung erstatteten Kosten (beispielsweise Akquisitionskosten oder interne Verwaltungskosten) an eine in einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet ansässige Person.

Dienstleistungen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StAbwG)

Nach Verwaltungsauffassung umfasst der Dienstleistungsbegriff sämtliche Dienstleistungen aller Branchen und Wirtschaftszweige. Eine Beschränkung auf Rechts- und Beratungsdienstleistungen oder Onlinewerbung ist nicht gegeben.

Die bloße Nutzungsüberlassung ist nicht vom Dienstleistungsbegriff erfasst (z.B. die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Gebäuden, Gebäudeteilen (wie einzelnen Räumen), aber auch die Nutzungsüberlassung von Gegenständen, die nicht den Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke unterliegen, und von Rechten). Sind sowohl Nutzungsüberlassungen als auch Dienstleistungen Gegenstand eines gemischten Vertrages, unterliegen regelmäßig nur die Leistungen der beschränkten Steuerpflicht, die als Gegenleistung für die Erbringung von Dienstleistungen geleistet werden. Bei einheitlichen Zahlungen ist ggf. im Schätzwege aufzuteilen. Soweit die Komponente der Nutzungsüberlassung von insgesamt untergeordneter Bedeutung ist und sich nicht von der Dienstleistungserbringung trennen lässt, soll jedoch die gesamte Gegenleistung für die erbrachten Leistungen der beschränkten Steuerpflicht unterfallen. Umgekehrt unterfällt die gesamte Gegenleistung für die erbrachten Leistungen nicht der beschränkten Steuerpflicht, soweit die Dienstleistung im Verhältnis zur Nutzungsüberlassung von insgesamt untergeordneter Bedeutung ist und sich nicht von der Nutzungsüberlassung trennen lässt.

Handel mit Waren oder Dienstleistungen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 StAbwG)

Warenhandel i.S.d. der Vorschrift ist nach Verwaltungsauffassung grundsätzlich auf den Ein- und Verkauf von im Wesentlichen unveränderten Waren beschränkt. Auch mit Daten kann Handel getrieben werden, soweit sie an- und verkauft werden. Anders soll es sich bei einer Produktionstätigkeit, Rohstoffgewinnung oder vergleichbaren Tätigkeit eines Händlers verhalten. Vertreibt ein Produzent selbst die produzierten Güter, soll regelmäßig kein Warenhandel vorliegen, es sei denn, die Produktionstätigkeit oder Rohstoffgewinnung stellt nach dem Gesamtbild der Verhältnisse nur eine untergeordnete Bedeutung dar. Ausgenommen von der Nr. 4 soll zudem der Handel mit Grundstücken und Häusern (Immobilienhandel) sowie der Handel mit Rechten und Dienstleistungen sein.

Rechteüberlassungen (§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 StAbwG)

Eine Steuerpflicht nach Nr. 5 soll immer dann bestehen, wenn der Vergütungsschuldner ein sonstiges Recht von einer in einem nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet ansässigen nicht nahestehenden Person i.S.d. § 1 Abs. 2 AStG mietet, pachtet oder erwirbt und der einzige inländische Anknüpfungspunkt die Eintragung in ein inländisches öffentliches Buch oder Register ist. In den übrigen Fallkonstellationen mit Inlandsbezug liegen regelmäßig bereits inländische Einkünfte nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f oder Nr. 6 EStG vor.

Weitere Voraussetzungen für die Quellensteuermaßnahme (§ 10 Abs. 2 Satz 2 StAbwG)

Steuerpflichtige Einkünfte nach § 10 Satz 1 Nr. 1 bis 4 StAbwG liegen nur vor, wenn

1. sie nach § 2 Abs. 1 Satz 1 EStG bei unbeschränkt Steuerpflichtigen der Besteuerung unterlägen und
2. die dem Steuerpflichtigen hierbei gewährten Vergütungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten eines anderen unbeschränkt Steuerpflichtigen ungeachtet des § 8 Satz 1 StAbwG bei dessen Veranlagung zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer ungeachtet der Wahl der Gewinnermittlungsart berücksichtigt werden können.

Hinsichtlich der Voraussetzung zu 1. müssen die Einkünfte auch bei Vorliegen einer unbeschränkten Steuerpflicht grundsätzlich steuerbar sein. Dies soll nach dem BMF bei fehlender Einkünfterzielungsabsicht (Liebhaberei) nicht der Fall sein.

Für die Voraussetzung zu 2. führt die Verwaltung aus, dass die Anwendung des § 10 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 StAbwG voraussetzt, dass die gewährten Vergütungen als Betriebsausgaben oder Werbungskosten von unbeschränkt Steuerpflichtigen bei deren Veranlagung abgezogen werden können. Die Anwendung der Vorschrift scheidet daher aus, wenn ein anderweitiges Abzugsverbot für diese gesamten Betriebsausgaben oder Werbungskosten greift. Hierbei ist darauf abzustellen, dass die Betriebsausgaben oder Werbungskosten grundsätzlich im Rahmen einer Veranlagung von unbeschränkt Steuerpflichtigen vollumfänglich

zum Abzug gebracht werden können. Dies soll auch dann gelten, wenn die Betriebsausgaben oder Werbungskosten im Rahmen der gesonderten und einheitlichen Feststellung bei Personengesellschaften berücksichtigt werden können. Für die Quellensteuermaßnahmen ist es nicht erforderlich, dass das Jahr des Quellensteuereinbehalts nach § 10 StAbwG deckungsgleich mit dem Jahr des Betriebsausgaben- bzw. Werbungskostenabzugs ist. Ferner ist die Wahl der Gewinnermittlungsart unbeachtlich. Entscheidend ist ausschließlich, dass die Betriebsausgaben- bzw. Werbungskosten berücksichtigt werden können.

Des Weiteren weist die Verwaltung darauf hin, dass temporäre Abzugsbeschränkungen (z.B. nach § 4h EStG) die Anwendung des § 10 StAbwG nicht ausschließen. Die Quellensteuermaßnahme bleibt bei einem nur anteiligen Ausschluss des Betriebsausgabenabzugs für die mit den Vergütungen i.S.d. § 10 Abs. 1 Satz 1 StAbwG korrespondierenden Betriebsausgaben vollumfänglich anwendbar.

Rechtsfolgen (§ 10 Abs. 2 StAbwG)

Nach § 10 Abs. 2 Satz 1 StAbwG sind auf die Vergütungen die Regelungen zum Steuerabzug (u.a. § 50a Abs. 1, 2 Satz 1 und 2 und Absatz 3, 4 und 5 EStG) entsprechend anzuwenden. Der Steuersatz beträgt 15% zzgl. Solidaritätszuschlag.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass Nettovereinbarungen auch für den Steuerabzug nach § 10 StAbwG grundsätzlich möglich sind. Das BMF weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Nettovereinbarung nicht allein deshalb unterstellt werden kann, weil der Steuerabzug unterblieben ist.

Nach Auffassung des BMF soll § 50a Abs. 5 Satz 7 EStG mit der Maßgabe Anwendung finden, dass dem nach § 10 Abs. 1 Satz 1 StAbwG beschränkt steuerpflichtigen Vergütungsgläubiger eine Bescheinigung über die einbehaltene und abgeführte Steuer auf seinen Antrag nicht vom Vergütungsschuldner, sondern vom BZSt auszustellen ist. Dies soll aber nur dann möglich sein, wenn der Steuerpflichtige nachweist, dass er ein berechtigtes Interesse an der Bescheinigung hat. Das soll i.d.R. nur dann gegeben sein, wenn der Vergütungsgläubiger eine Steuerbescheinigung für Zwecke der Anrechnung auf im Ausland erhobene Steuern benötigt oder soweit eine Berücksichtigung der Steuer im Rahmen der erweiterten beschränkten Steuerpflicht i.S.d. § 2 AStG erfolgen soll.

Nachrangigkeit des § 10 StAbwG gegenüber § 49 EStG

Nach (zutreffender) Verwaltungsauffassung ist § 10 StAbwG gegenüber der Steuerpflicht gem. § 49 EStG subsidiär. Danach kommt § 10 StAbwG nicht zur Anwendung, soweit bereits Einkünfte nach § 49 EStG vorliegen (z.B. Darlehensgewährung ohne hinreichende Besicherung mit inländischem Grundbesitz). Soweit für derartige Einkünfte i.S.d. § 49 EStG allerdings kein Steuerabzug vorgesehen ist, sieht der Erlass regelmäßig einen Bedarf zur Sicherung des Steueranspruchs und damit einen Anwendungsfall des § 50a Abs. 7 EStG als gegeben. So können und sollen Finanzämter in diesen Fällen einen Steuerabzug durch den Vergütungsschuldner anordnen.

Versagung der Steuerbefreiung für Dividenden oder Veräußerungsgewinnen nach § 11 StAbwG

Nach § 11 StAbwG sind die Regelungen zur Steuerbefreiung auf Dividenden, die von in nicht kooperativ Steuerhoheitsgebieten ansässigen Gesellschaften geleistet werden, nicht anzuwenden (z.B. § 8 Abs. 1 KStG). Dies gilt entsprechend für Veräußerungsgewinne (z.B. § 8b Abs. 2 KStG). Zudem erfasst die Norm auch mittelbare Fälle, in denen die Dividende zunächst an eine in einem kooperativen Staat ansässige Gesellschaft ausgeschüttet und von Letzterer im Anschluss eine Dividende an den in Deutschland ansässigen Gesellschafter geleistet wird (§ 11 Abs. 1 Satz 3 StAbwG). Hierbei geht die Verwaltung davon aus, dass Gewinne der nahestehenden Person aus Ausschüttungen oder Veräußerungsgewinnen bei der Anwendung des § 11 Abs. 1 Satz 3 StAbwG als vorrangig an den

Steuerpflichtigen ausgeschüttet gelten. Entsprechendes soll im Fall der Veräußerung einer Beteiligung an der nahestehenden Person durch den Steuerpflichtigen gelten.

Gesteigerte Mitwirkungspflichten nach § 12 StAbwG

Die in § 12 StAbwG geregelten gesteigerten Mitwirkungspflichten sind nach Verwaltungsauffassung nur zu erfüllen, wenn mindestens eine der Abwehrmaßnahmen i.S.d. §§ 8-11 StAbwG Anwendung findet. Zudem räumt der Erlass ein, dass gewisse Aufzeichnungen in Bezug auf fremde Dritte nicht zwingend erstellt und verlangt werden können. Dies umfasse beispielsweise die von den Beteiligten im Rahmen der Geschäftsbeziehung ausgeübten Funktionen und übernommenen Risiken.

Bei Aufzeichnungen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 StAbwG (Verträge und vereinbarte Vertragsbedingungen, die den Geschäftsbeziehungen zugrunde liegen) ist es laut BMF nicht zu beanstanden, wenn seitens des Steuerpflichtigen eine Auflistung von Verträgen samt ihren Änderungen und der wesentlichen Bestandteile (Vertragsliste) eingereicht wird. Auf Anforderung der Finanzbehörde sind jedoch die Vertragsunterlagen umfassend durch den Steuerpflichtigen bereitzustellen.

Um eine effiziente Erfüllung der gesteigerten Mitwirkungspflichten zu ermöglichen, ist es nach dem Erlass im Einzelfall nicht zu beanstanden, wenn die entsprechenden Aufzeichnungen – abweichend von der Frist des § 12 Abs. 2 Satz 2 StAbwG – erst bis zum Ablauf des 14. Monats nach Ablauf des Kalenderjahres oder Wirtschaftsjahres, in dem der mitzuteilende Sachverhalt verwirklicht worden ist, der zuständigen Finanzbehörde übermittelt werden. Insbesondere Kapitalverwaltungsgesellschaften soll so die Möglichkeit gegeben werden, für sämtliche von ihnen verwaltete Investmentfonds und Spezial-Investmentfonds die gesteigerten Mitwirkungspflichten zu einem einheitlichen Termin zu erfüllen. Mit dem BMF-Schreiben vom 4.6.2024 hatte sich das BMF bereits dazu geäußert, dass es nicht beanstandet wird, wenn die Aufzeichnungen nach § 12 StAbwG für Geschäftsjahre, die vor dem 31.12.2022 begonnen haben, erstmals bis zum 31.12.2024 abgegeben werden.

Verhältnis des StAbwG zu Doppelbesteuerungsabkommen

Die Vorschriften des StAbwG werden durch Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 StAbwG). Darüber hinaus werden deutsche Besteuerungsrechte durch DBA mit nicht kooperativen Steuerhoheitsgebieten (z.B. DBA-Russland) für den Zeitraum, in denen die §§ 8 bis 12 StAbwG bezogen auf diese Steuerhoheitsgebiete Anwendung finden, nicht berührt (§ 1 Abs. 3 Satz 2 StAbwG). Zu § 1 Abs. 3 Satz 2 StAbwG führt der Erlass zum einen aus, dass diese Norm nicht zu einem abkommenslosen Zustand führt. Zum anderen soll eine Anrechnung bzw. der Abzug der ausländischen Steuer in analoger Anwendung des § 34c Abs. 6 Satz 5 EStG nach § 34c Abs. 1 bis 3 und Abs. 6 Satz 6 EStG erfolgen, sofern das einschlägige DBA die Freistellung der ausländischen Einkünfte von der deutschen Besteuerung vorsieht und Deutschland die ausländischen Einkünfte aufgrund der Anwendung des § 1 Abs. 3 Satz 2 StAbwG besteuert.

Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.



Bestellung

Wenn Sie einen PwC-Newsletter bestellen, speichern und verarbeiten wir Ihre E-Mail-Adresse zum Zweck des Versands des von Ihnen abonnierten Newsletters.

Für neue Interessenten besteht die Möglichkeit, sich über den folgenden Link als Abonnent registrieren zu lassen:

ANMELDEN

Redaktion

Gabriele Nimmrichter
PricewaterhouseCoopers GmbH
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main
Tel.: +49 171 7603269
gabriele.nimmrichter@pwc.com

Gunnar Tetzlaff
PricewaterhouseCoopers GmbH
Fuhrberger Straße 5
30625 Hannover
Tel.: +49 171 5503930
gunnar.tetzlaff@pwc.com

Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen.

© 2024 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see www.pwc.com/structure for further details.